

Eidgenössisches Departement des Innern EDI

Elektronische Einreichung mittels Plattform
«Consultations»

Bern, 7. August 2024 / MD
VL Transplantationsverordnung

Änderung der Verordnung über die Transplantation von menschlichen Organen, Geweben und Zellen (Transplantationsverordnung)

Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen ist mit der inhaltlichen Stossrichtung der Verordnungsrevision einverstanden. Das Hauptziel, die Widerspruchslösung auf Verordnungsstufe einzuführen, wird erreicht. Nicht einverstanden ist die FDP hingegen mit dem Vorschlag, die Einführung der Bestimmungen zum Organ- und Gewebespenderregisters im Transplantationsgesetz und in der Transplantationsverordnung sowie der Widerspruchslösung mit der Einführung der staatlich anerkannten E-ID zu verknüpfen.

Für eine rasche Inkraftsetzung

Die Spenderate ist in der Schweiz im Vergleich mit anderen europäischen Ländern tief. Jede Woche sterben ein bis zwei Menschen, weil nicht rechtzeitig ein passendes Organ gefunden wird. Das neue Transplantationsgesetz und die vorliegende Verordnungsänderung können dies ändern und dafür sorgen, dass weniger Menschen wegen fehlender Spenderorgane sterben. Umfragen zeigen, dass rund 80 Prozent der Bevölkerung der Organspende positiv gegenüberstehen. Der Handlungsbedarf im Bereich der Organspende ist ausgewiesen.

Das Volk hat sich bereits vor über zwei Jahren (15. Mai 2022) für die Widerspruchslösung ausgesprochen. Die Einführung der Widerspruchslösung war ursprünglich Anfang 2024 geplant. Aus Sicht der FDP müssen weitere Verzögerungen vermieden werden. Daher ist es unverständlich, dass die Verordnung nun neue Hürden für die Einführung vorsieht, indem die Einführung der E-ID abgewartet werden soll. Diese wird laut Bundesamt für Justiz frühestens 2026 zur Verfügung stehen. Zudem kann ein Scheitern der entsprechenden Vorlage im Parlament oder aufgrund eines Referendums nicht ausgeschlossen werden. Das Risiko, dass sich die Einführung der E-ID und damit der Widerspruchslösung erheblich verzögert, ist aus Sicht der FDP zu gross.

Die FDP fordert eine möglichst rasche Inkraftsetzung der vorliegenden Verordnung, unabhängig von den laufenden Arbeiten zur E-ID. Bis die E-ID zur Verfügung steht, müssen alternative Identifikationsmerkmale verwendet werden. Diese werden ohnehin nötig sein (z.B. für ältere Menschen, die allenfalls keine E-ID anfertigen lassen).

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüße
FDP.Die Liberalen

Der Präsident

Der Generalsekretär

Thierry Burkart
Ständerat

Jonas Projer